

**Kommentare**

Der durch Schläge Unbekannter gelähmte Staudamm-Kritiker Fu Xiancai soll sich selbst verletzt haben – haben Chinas Behörden verfügt. Der Fall belegt, dass es in China keine Rechtsstaatlichkeit gibt.

**Ein Kritiker entlarvt Chinas Behörden**

Von unserem Redakteur Stefan Bergmann

Wie entschuldigt sich nochmal der Schläger, als er auf der Anklagebank sitzt? „Herr Richter, der Mann ist mir zehn Mal direkt in die Faust gelaufen.“ Was in dem alten Kalauer witzig sein mag, ist in China bittere Realität: Ein wahrscheinlich von Schergen des kommunistischen Regimes verprügelter Staudamm-Kritiker muss nun zur Kenntnis nehmen, dass er sich selbst mehrere Halswirbel zertrümmert haben soll. Das jedenfalls sagt die von der Partei gesteuerte Polizei, und die Partei hat bekanntlich immer Recht.

Alarmierend ist die Arroganz, mit der Chinas Behörden vorgehen. Immerhin hat das Schicksal Fus in Deutschland, einem der wichtigsten Handelspartner Chinas, Aufsehen erregt. Gäbe Peking einen Pfifferling darauf, welches Ansehen das rote Riesenreich in Deutschland genießt, müsste die Angelegenheit Fu anders erledigt werden. Man darf also schließen: Die Parteibonzen pfeifen auf Deutschland.

Das wiederum ist eine schlechte Nachricht für alle, die gern den Beteuerungen chinesischer Funktionäre glauben, man werde beispielsweise den grassierenden Diebstahl geistigen Eigentums in der Zusammenarbeit mit westlichen Firmen unterbinden. Wer das glauben will, darf es glauben. Tatsache ist: Chinas Wirtschaft gebärdet sich kapitalistisch, seine politische Ordnung ist und bleibt die eines totalitären Regimes.

Vize-Chef Heinrich Alt von der Bundesagentur prescht nach vorn. Er will mehr Effizienz und unter dem Strich weniger Fördermaßnahmen für Arbeitslose. Geschludert werden darf aber nicht.

**Schnellschüsse helfen der BA nicht**

Von unserem Korrespondenten Rasmus Buchsteiner

Der Förderkatalog gilt als unübersichtlich und in der Praxis schwer zu handhaben. Er muss dringend tatsächlich auf den Prüfstand. Die bis zu 80 Instrumente sind kaum jedem Vermittler im Detail bekannt. Die Nürnberger Behörde hat den Förderdschungel zwar schon mehrfach kritisiert. Geschehen ist bislang aber wenig, abgesehen von den Änderungen für arbeitslose Existenzgründer. Hier wurden die Auflagen verschärft. Wer sich selbstständig macht, kann statt ICh-AG-Förderung oder Überbrückungsgeld ab August auch den so genannten Gründerzuschuss erhalten.

Der aktuelle Appell der Bundesagentur geht freilich viel weiter. Fortgeführt werden soll nur noch, was nachweislich Erfolg verspricht. Vorsorglich warnen die Gewerkschaften bereits vor zuviel Kosten-Nutzen-Kalkül bei Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen. Mancher in der Koalition mag dagegen damit liebäugeln, den Arbeitslosenbeitrag über die bisher vereinbarten zwei Prozentpunkte hinaus senken zu können. Da kämen Einsparungen bei den Fördermitteln gerade recht. Doch bei der Überarbeitung des Förderkatalogs sollte das Prinzip Gründlichkeit vor Schnelligkeit gelten, damit die Änderungen nicht auf Kosten der Arbeitslosen gehen. Denn viele finden ja nach einer kurzen Phase der Weiterqualifizierung doch wieder einen neuen Job.

**Karikatur des Tages**



Streikfolgen!

**Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade zur Abwanderung aus Deutschland**

**„Gerade die Engagierten gehen“**

BERLIN- „Wir müssen gerade unseren jungen Menschen bessere Perspektiven bieten“, sagt der Migrationsforscher Klaus J. Bade anlässlich steigender Abwanderungszahlen. 145 000 Deutsche haben 2005 das Land verlassen, laut Bade ein anhaltender Trend. Unsere Redakteurin Sabine Lennartz befragte Prof. Bade.

SZ: Noch nie seit den 1950er-Jahren haben so viele Deutsche das Land verlassen. Warum?

Bade: Wer einen weniger befriedigenden Job hat, sucht im Ausland bessere Bedingungen. Wer arbeitslos ist oder es zu werden befürchtet, sucht eine Alternative, weil das soziale Netz nicht mehr so trägt wie früher. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass es gerade die Mobilien, die Engagierten, die Selbstbewussten und Risikobereiten sind, die gehen. Sie werden durch Zuwanderung aus dem Ausland nicht ersetzt.

SZ: Rechnen Sie damit, dass dieser Trend bestehen bleibt?

Bade: Ja, denn solche Bewegungen pflegen nach einigen Jahren eine Eigendynamik zu entfalten: durch positive Rückmeldungen aus dem Ausland, durch Migrationsnetzwerke, Kettenwanderungen und vor allem dadurch, dass das Thema Auswanderung, das bislang nur eine historische Dimension hatte, als aktuelle Option in den Köpfen der Bevölkerung angekommen ist. Ob freilich aus Fortzügen ins Ausland definitive Auswanderung wird, kann man immer erst später an den Wanderungsergebnissen ablesen.

**SZ-Interview**



Klaus J. Bade beklagt die depressive Gesamtstimmung, die immer noch über Deutschland liegt. Foto: koni

SZ: Hat Auswanderung nur materielle Gründe?

Bade: Es gibt auch mentale Gründe: Über unserem Land liegt im Blick auf Arbeitsmarktentwicklung und Zukunftsperspektiven für junge Arbeitnehmer eine Art depressive Gesamtstimmung. Das macht gerade denen zu schaffen, die energiegeladener sind, Kraft zur Selbstbestimmung in sich spüren und sich von einer Aufbruchstimmung tragen lassen wollen, die in Deutschland immer weniger zu finden ist. Hinzu kommt, dass die Me-

dien eher von erfolgreichen als von gescheiterten Auswanderungen berichten.

SZ: Geraten wir dadurch in eine bevölkerungspolitische Krise?

Bade: Nein, aber eine Zukunftsoption bricht weg. Wir haben mit mittelfristig anhaltenden jährlichen Zuwanderungsgewinnen von ca. 150 000 gerechnet. Das hätte die Folgen des demografischen Wandels für die Sozialsysteme noch etwas abfedern können, um Zeit zu gewinnen für den viel zu zögerlichen Umbau unserer Sozialsysteme. Diese Feder scheint jetzt zu brechen, womit der Reformdruck deutlich steigen könnte.

SZ: Was müssen wir ändern, um die jungen Leute im Land zu halten?

Bade: Man muss doch nur die Abwanderer und insbesondere diejenigen, die seit längerer Zeit im Ausland leben, fragen. Die Antworten klingen oft ähnlich: trotz vielfach härterer Anforderungen bessere Job- und Verdienstmöglichkeiten, leistungsorientiertere Bezahlung, mehr berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, weniger bürokratische Hürdenläufe, insgesamt bessere Zukunftsaussichten, einfach mehr Perspektive und Flexibilität. Wir müssen gerade unseren jungen Menschen bessere Perspektiven bieten und in unserem Land einen neuen Aufbruch aus dem Jammertal entfesseln. Dazu sind einige Befreiungsschläge nötig. Und wir müssen die bei uns im Land vorkommenden Qualifikationsreserven wecken, auch in den Reihen der Zuwandererbevölkerung.

SZ: Wie bekommen wir qualifizierte Zuwanderung?

Bade: Deutschland muss attraktiver werden, das hält auch unsere eigenen Leute im Land. Spitzenkräfte von außen gehen nun einmal nicht ausgerechnet dorthin, wo Spitzenkräfte abwandern. Wir müssen zugleich den Steuerungsbereich bei der Zuwanderung mit Bleibeabsicht ausdehnen, also jenseits der gesetzlich geschützten Zuwanderung von Familienmitgliedern, Juden und Spätaussiedlern. Der liegt zur Zeit nur noch bei ca. 20 Prozent, das ist definitiv zu wenig. Und wir brauchen flexible Steuerungssysteme im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

SZ: Was heißt das konkret?

Bade: Die Streichung des Punktesystems im Zuwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild war falsch. Ein zweiter Fehler war das Abschmettern einer gezielten Zulassung von qualifizierten Zuwandererkontingenten nach einer Engpassdiagnose am Arbeitsmarkt im Sinne des Zuwanderungsrates. Außerdem sind die Hürden für die Zuwanderung zu hoch. Hochqualifizierte müssen z.B. ein Mindestgehalt von 84 000 Euro nachweisen, Selbständige müssen eine Million Euro investieren und 10 Arbeitsplätze schaffen.

Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Begründer und Vorstandsmitglied des Osnabrücker interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien sowie des bundesweiten Rates für Migration. (www.kjbade.de)

**Randnotiz**

**Zum Gießen, Sigmar Gabriel!**

Sigmar Gabriel, der schon Pop-Beauftragter der Bundesregierung und niedersächsischer Ministerpräsident war, bis ihm Christian Wulff dieses Pöstchen abnahm, zeigt jetzt als Bundesumweltminister, dass sein Herz grün schlägt. Die Hitzeglocke über Deutschland bringt nicht nur den fülligen SPD-Mann ins Schwitzen, sondern sie setzt auch den Bäumen in den Städten zu. Weil Gabriels Kabinettskollege Peer Steinbrück, der knausrige Mann fürs Geld, aber kein Innenstadtbewässerungs Sonderprogramm (IBS) auflegen will, appelliert sein Kollege an die Bürger, sie mögen ein Herz für Bäume zeigen und diese gießen – so mit zehn bis 20 Litern pro Tag. Vorbildlich, wie Gabriel sich gibt, hat er gleich zur Kanne gegriffen und vor seinem Amtssitz den Baumtränker gespielt. Wahrscheinlich auf Steuerzahlers Kosten. Die sind es ja gewohnt, dass sie gerupft werden, bis ihr Konto trockengelegt ist. Das geht noch schneller, wenn alle Gabriels Rat befolgen. Wahrscheinlich hat der gar nicht bedacht, dass auch Wasser in Massen ein Vermögen kostet. (heb)

**Das Zitat**



„Es ist nicht immer lustig, mit einem Koalitionspartner zu regieren, in dem noch der Keim des Klassenkampfes schlummert.“

(CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer in einem aktuellen „Bayernkurier“-Interview.) (ddp)

**Pressestimmen**

**El Kaida reagiert gereizt**

Zum Aufruf des Stellvertreters des El-Kaida-Anführers Osama bin Laden, als Sawahiri, den Kampf gegen Israel aufzunehmen, meint die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“:

„Die Führung von El Kaida mag keine Rivalen, und sie ist sich bewusst geworden, dass es da eine große Gefahr gibt: Die libanesischen Kämpfer stellen El Kaida die Show. Die Hisbollah schaffen es nicht nur, dem israelischen Militär die Stirn zu bieten, sondern sie schaffen es auch, israelische Städte zu bombardieren. Da war es wohl nötig, dass El Kaida eingreift, um nicht von den Ereignissen überholt zu werden.“

**Chavez reist mit klarer Taktik**

Zum Waffenkauf des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez in Russland schreibt die belgische Zeitung „Le Soir“:

„Brot, Wodka und Kalaschnikow! Hugo Chavez wurde in Russland ehrenvoll empfangen. Um keine Zweifel über das beabsichtigte Ziel seiner Reise aufkommen zu lassen, hat jener Mann, der sich gern als weltweiter Anführer des Anti-Imperialismus sieht, seine Station in Moskau in eine größere Weltreise eingebaut, die ihn auch nach Weißrussland und in den Iran führt.“

**Der Ukraine entsteht Schaden**

Die „Neue Zürcher Zeitung“ nennt das seit vier Monaten dauernde Gerangel um die Regierungsbildung in der Ukraine ein Trauerspiel:

„Sicher ist, dass die einstigen Helden und Galionsfiguren der gewaltfreien orangefarbenen Revolution vom Herbst und Winter 2004 mit ihrem kleinteiligen Gezänk und eklatanten Mängeln an Führungs- und Kompromissfähigkeit ihren eigenen Interessen und vor allem den Interessen der Demokratie und der wirtschaftlichen Modernisierung in der Ukraine einen schweren Schaden zugefügt haben. In Moskau, wo die Abspaltung der lange Zeit zum russischen Kernland gerechneten Ukraine nie ganz verdaut wurde, hat man Grund, sich über die Turbulenzen in Kiew die Hände zu reiben.“

**Leserbriefe**

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir für die Veröffentlichung eine Auswahl treffen und uns auch Kürzungen vorbehalten müssen. Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen. Vermerken Sie deshalb immer Ihren vollen Namen, Ihre Adresse, am besten auch Ihre Telefonnummer, und unterschreiben Sie den Brief. Schwäbische Zeitung, Rudolf-Roth-Str. 18, 88299 Leutkirch, Fax-Nr. 07561 / 80 134, E-Mail: Leserbrief@schwaebische-zeitung.de Ihre Redaktion

Zum Leitartikel „Die Muslime müssen sich bewegen“:

**Auch Stoiber könnte Integration fördern**

Der Kommentator hat Recht, wenn er Kurt Becks Formulierung als drollig bezeichnet, Stoiber habe sich mit seiner Forderung nach Strafen für Integrationsunwillige an den „vorteilsbeladenen Ausschnitt der deutschen Bevöl-

kerung“ gewandt. Der Sache angemessener wäre es, Stoibers Äußerung als die Fortsetzung der primitiven Rhetorik zu bezeichnen, mit der Stoiber jene dumpfe und blinde Klientel bedient, die jahrzehntelang mit der stumpfsinnigen Formel gefüttert wurde, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Niemand weiß besser als Edmund Stoiber, dass seine Äußerung nicht als Beitrag zur Integrationspolitik gedacht war.

Als Ministerpräsident könnte er freilich mit ganz einfachen Maßnahmen Integration fördern, zum Beispiel dadurch, dass er alle Kinder zwei Jahre vor der Einschulung zum Sprachtest verpflichtet, um bei Defiziten einen Förderkurs vorzuschalten. Oder er könnte sich dafür einsetzen, dass der bisher freiwillige Besuch der Integrationskurse für alle Zuwanderer zur Pflicht wird – innerhalb einer kurzen Frist und mit finanzieller Beteiligung. Immerhin kann man hoffen, dass die Doppelstrategie – verbale Demagogie einerseits, relativ vernünftiges, tatsächliches Handeln andererseits – eine wichtige Figur der politischen Leitkultur in Bayern bleibt. Umgekehrt wäre es schlimmer. Erich Weber, Tuttlingen

Zum Kommentar „Marburger Bund wird verwegt“:

**Ärzte tragen gleich viel Verantwortung**

Mit einiger Verwunderung und nicht zuletzt auch Verärgerung lassen die Ärzte der Chirurgischen Klinik des Kreisklinikums Tuttlingen den Kommentar zum Streik der Ärzte in den kommunalen Krankenhäusern. Dieser Kommentar spiegelte leider keineswegs die wirkliche Situation wider. Wenn Deutschland eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung behalten will, dann müssen die Leistungsträger hierfür auch angemessen entlohnt werden. Von „Begehrlichkeiten“ der Ärzte in den städtischen Krankenhäusern kann keineswegs die Rede sein. Diese wenig zutreffende Formulierung legt nahe, dass die Gehaltsforderungen der Krankenhausärzte unverhältnismäßig seien. Mitnichten! In den meisten umliegenden europäischen Ländern (die östlichen Nachbarn ausgenommen) verdienen Krankenhausärzte wesentlich mehr. Qualifizierte Arbeit wird sowohl von Universitätsärzten als auch von Krankenhausärzten der kommu-

nalen Häuser gefordert und auch geleistet. Hier darf in der Bezahlung kein Unterschied gemacht werden.

Die Verantwortung für ihre Patienten unterscheidet sich in keiner Weise. Von einer „größeren Verantwortung“ der Universitätsärzte zu sprechen, ist daher für Krankenhausärzte der kommunalen Häuser nicht akzeptabel und würde auch korrektem ärztlichen Handeln zutiefst widersprechen.

Es entspricht auch nicht der Realität, dass nur an den Unikliniken „die komplizierteren Fälle“ behandelt werden. Hier wird übersehen, dass viele städtische Krankenhäuser Häuser der Maximalversorgung mit Universitätsstandard sind. Auch „kleinere Häuser“, wie zum Beispiel das Kreisklinikum Tuttlingen, behandeln regelhaft kompliziertere Fälle, die weit über das geforderte Spektrum eines Hauses der Grund- und Regelversorgung hinausgehen. Dr. Eike Mrosek – im Namen der Assistenzärzte, Oberärzte und des Chefarztes der Chirurgischen Klinik des Kreisklinikums Tuttlingen – und Dr. A. Novotny, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin des Kreisklinikums Tuttlingen